

DER VORSTEHER
DES
EIDGENÖSSISCHEN VOLKSWIRTSCHAFTS-
DEPARTEMENTS

Bern, 23. August 1988 A/wm

250.20

~~204~~
EW BR-IP
354

Informationsnotiz an die Mitglieder des Bundesrates

Dreiertreffen der Wirtschaftsminister der Bundesrepublik
Deutschland, Oesterreichs und der Schweiz auf dem Mont-Pèlerin
am 18./19. August 1988

Die Einladung für das Dreiertreffen fiel dieses Jahr turnusgemäss der Schweiz zu, weshalb die Minister Bangemann und Graf am 18./19. August meine Gäste waren. Das Treffen fand in ausgezeichneter Atmosphäre statt, die weder durch die österreichisch-schweizerischen Differenzen in der Integrationspolitik noch durch den Protest des "Mouvement romand" getrübt wurde. Der von dieser Bewegung herausgegebene Protest gegen das "germanophile" Treffen war insofern verfehlt, als die auf deutsche Initiative in den siebziger Jahren begonnenen und seit 1980 regelmässig jährlich stattfindenden Zusammenkünfte der drei Wirtschaftsminister auf keinerlei sprachlichen Erwägungen beruhen, sondern sich angesichts der engen wirtschaftlichen Verflechtung (die BRD ist für die beiden anderen Länder der weitaus wichtigste Handelspartner) und der grundsätzlich liberalen Ausrichtung ihrer Aussenwirtschaftspolitik als zweckmässig erwiesen haben. Wir haben entsprechende Treffen mit den anderen Nachbarländern nie abgelehnt, doch ziehen es Frankreich und Italien vor, die bilateralen, europäischen und universellen Wirtschaftsfragen in bilateralen Gesprächen, die mindestens ebenso häufig wie das Dreiertreffen stattfinden, zu behandeln.



Gesprächsthemen

1. Die Wirtschaftslage in den 3 Ländern stellt sich besser dar, als am Jahresanfang erwartet werden konnte. Die Investitionstätigkeit beweist, dass auch die Wirtschaft auf eine anhaltend gute Konjunktur vertraut. In allen drei Ländern finden beachtliche Strukturwandlungen statt, die von den Regierungen nicht behindert, sondern meist gefördert werden. In der BRD sollen wichtige Reformvorhaben (Steuern, Fernmeldewesen, Krankenversicherung, Sozialversicherung) zur Stabilisierung der Konjunktur beitragen. Auch in Oesterreich sieht die Regierung die Budgetkonsolidierung, die eine Sozialversicherungsreform und eine Fortsetzung der Privatisierung verlangt, als wichtigen Baustein an.

Die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich ist trotz der hohen Lohnkosten gegeben. Sie ist aber nur zu erhalten, wenn der rasche Wandel in den Anforderungen an die Qualifikationen der Arbeitskräfte bewältigt werden kann. Die drei Regierungen schenken deshalb der laufenden Verbesserung des Ausbildungsangebotes grosse Aufmerksamkeit. Die Bedeutung des Problems wird aber in der Oeffentlichkeit unterschätzt. So wird in der Bundesrepublik das Problem weniger als eine Frage des Bedarfs der Wirtschaft als der Ueberwindung einer mehr und mehr strukturellen Arbeitslosigkeit angesehen. In Oesterreich und in der Bundesrepublik stehen zudem die Zweckmässigkeit der Aufgabenteilung zwischen praktischer und schulischer Ausbildung zur Diskussion.

2. Auch die Weltwirtschaftslage wird positiv beurteilt, wenn auch hier die Gefährdungsfaktoren wesentlich bedeutender sind. In den USA hat sich ein Inflationspotential aufgebaut, dass nur mit einer sehr sorgfältigen Politik unter Kontrolle gehalten werden kann. Das amerikanische Doppeldefizit ist im Augenblick noch finanzierbar, doch stellt es längerfristig einen Unsicherheitsfaktor dar. Die Forderungen an die Bundes-

republik nach einem grösseren Beitrag zur Weltkonjunktur sollten endgültig an Boden verloren haben, nachdem der gegenwärtige Aufschwung vom Konsum und den Investitionen getragen wird und deshalb zu einer Verminderung des Handelsbilanzüberschusses führen wird. Japan hat sich in beachtlicher Masse in die Weltwirtschaft integriert, indem es mehr importiert und mehr finanzielle Mittel in den pazifischen Ländern einsetzt, wenn auch überwiegend nur zur Finanzierung japanischer Exporte. Die Milderung der Verschuldung setzt nicht nur finanzielle Mittel voraus, die sich bisher zur Krisenverhinderung als ausreichend erwiesen haben, sondern ebenso sehr eine stärkere Einbindung der überschuldeten Entwicklungsländer in das Welt-handelssystem. In den Industrieländern sind noch vermehrt Strukturanpassungen notwendig, um den Entwicklungsländern höhere Exporte (insbesondere von Agrarprodukten und Textilien) zu erlauben. Die Integration kann entweder in regionalem Rahmen erfolgen, wobei aber eine Abschottung nach aussen zu vermeiden ist, oder durch eine Stärkung der Funktionsfähigkeit des GATT, das die handels- und wirtschaftspolitischen Anliegen im Nord/Süd-Verhältnis neben den durch Währungsfonds und Weltbank betreuten Finanzbeziehungen stärker zur Geltung zu bringen hat.

Die protektionistische Gefahr erhält unter dem Titel der Reziprozität (US-Handelsgesetz, aber auch Strömungen innerhalb der EG) neuen Auftrieb.

3. Europäische Integration: Die Fortschritte unter der deutschen EG-Präsidentschaft im 1. Semester 1988 haben nach B. die Grundlage für die Verwirklichung des Binnenmarktes bis 1992 geschaffen. Ferner berechtigen sie zur Erwartung, dass die EG auch in weiteren wichtigen Bereichen voranschreiten wird (Währungszusammenarbeit, Sozialpolitik, rechtlicher Rahmen).

Nach B. ist auch in der EG-EFTA-Zusammenarbeit mit den Ministerkonferenzen vom Februar in Brüssel und vom Juni in Tampe-

re ein Durchbruch gelungen. Die Minister waren sich einig, dass diese Erfolge zur Zuversicht berechtigen, dass auch die anstehenden Aufgaben bewältigt werden können, d.h. dass in den Bereichen, in denen die Diskussion bereits aufgenommen worden ist, ohne Verzug die erforderlichen Vereinbarungen ausgehandelt werden und dass in den Bereichen, in denen die Beseitigung von Hemmnissen für beide Seiten erwünscht ist, das Gespräch zwischen EG und EFTA so rasch als möglich in Gang gebracht werde. G sicherte zu, dass dies das Ziel der österreichischen EFTA-Präsidentschaft im laufenden Semester sei. Er erklärte, dass die in Oesterreich geführte Diskussion um ein allfälliges Beitrittsgesuch im 2. Semester 1989 die EFTA-Aktivitäten nicht beeinträchtige. In Oesterreich sei man sich klar darüber, dass es lange dauern werde, bis die EG auf ein allfälliges Beitrittsgesuch unter Neutralitätsvorbehalt antworten werde. Bis dahin habe Oesterreich alles Interesse daran, sich soweit als möglich im Verbund mit den andern EFTA-Ländern der EG anzunähern.

Bemerkenswert ist die Erklärung von B. auf die Frage eines Journalisten nach seiner Ansicht zur Möglichkeit eines EG-Beitritts unter Neutralitätsvorbehalt, dass es nicht sinnvoll sei, diese Frage unabhängig von einem konkreten Beitrittswunsch vorweg zu beantworten. Die EG lade kein Land zum Beitritt ein. Wenn sich ein Land für den Beitritt interessiere, sollten die Beitrittsbedingungen unter den dannzumal herrschenden Umständen gesamthaft geprüft werden. Um politische Friktionen zu vermeiden, sei diese Prüfung in einem ersten Schritt informell und vor einem formellen Beitrittsgesuch vorzunehmen. Hierin zeigt sich die von der EG-Kommission abweichende deutsche Haltung, Fragen von gemeinsamem Interesse frühzeitig und informell zu klären.

4. Angesichts des starken Engagements der drei Länder für Jugoslawien lag es auf der Hand, dass wir uns kurz auch diesem Thema widmeten. G erwartet in den nächsten Monaten eine Ver-

schärfung der Krise, die Auswirkungen über Europa hinaus haben werde. B streitet dies nicht ab, weist aber darauf hin, dass die Bundesrepublik und auch die EG für Jugoslawien alles getan haben, was getan werden könne. Ohne eine stärkere Regierung, welche die unerlässlichen Reformen nicht nur beschliessen, sondern auch durchsetzen könne, sei kaum eine Besserung zu erhoffen. G gesteht ein, dass das von Oesterreich postulierte Freihandelsabkommen der EFTA-Länder mit Jugoslawien mehr deklamatorischen Wert habe, und damit Jugoslawien wenig geholfen sei. Einer Anregung von B folgend, erklärt er sich bereit, zu sondieren, ob durch informelle ministerielle Kontakte ermittelt werden könnte, was sinnvollerweise noch zu unternehmen sei. Ich halte eine derartige Initiative für wenig sinnvoll. Wir können uns ihr aber nicht entziehen, sollte sie zustande kommen.

5. Welthandel/Uruguay-Runde: Das Gespräch konzentrierte sich auf die Frage, welche Ziele an der informellen Ministerkonferenz in Islamabad und an der ministeriellen Mid-term Review in Montreal gesetzt werden sollen und es brachte in dieser Hinsicht eine gewisse Annäherung der Standpunkte. Einig waren sich die Minister, dass nicht nur in den bereits fortgeschrittenen Bereichen Ergebnisse zu erzielen sind, sondern auch in Fragen, die bisher weniger vorangekommen sind, wie z.B. die Stärkung der GATT-Regeln und der GATT-Institutionen sowie der Schutz des geistigen Eigentums. Für B ist darüber hinaus ein Kompromiss über kurzfristige Massnahmen für Agrarprodukte zwischen USA und EG erforderlich, denn die EG kann die Uruguay-Runde nicht daran scheitern lassen. Ferner sieht er auch konkrete Konzessionen für tropische Produkte als unerlässlich an, um die Entwicklungsländer stärker in das GATT zu integrieren.

6. In den bilateralen Beziehungen sind keine Probleme hängig, die auf Ebene der Wirtschaftsminister zu verhandeln sind. Die bilateralen Gespräche konnten sich deshalb auf die Darstellung der Positionen und die Kenntnisnahme vom Stand laufender Verhandlungen Kenntnis nehmen.

In der von mir aufgeworfenen Frage der Körperschaftssteuer erklärt B seine Befriedigung darüber, dass die vom Wirtschaftsministerium schon lange geforderte Revision des Doppelbesteuerungsabkommens in unserem Sinne nun endlich einen Schritt vorangekommen sei. Die Steuerreform habe es dem Finanzministerium erlaubt, der Schweiz einen Vorschlag zu unterbreiten, der hoffentlich von der Schweiz angenommen werde. Ich nehme dazu nicht Stellung, da wir diesen Vorschlag erst vor einer Woche bekommen haben und darüber vorerst ein Vernehmlassungsverfahren durchführen müssen. In der Frage der Niederlassungsfristen erinnert B an das hängige Gesuch der BRD um Gleichbehandlung mit Italien. Ich lege dem gegenüber dar, dass der Bundesrat für dieses Begehren, dass auch von anderen Ländern schon unterbreitet worden ist, an sich Verständnis habe, dass er augenblicklich aber darauf nicht eintreten könne. Schliesslich unterstreicht B die Bedeutung des Alpentransits. Wenn die Schweiz keinen 40 t Korridor eröffnen könne, müsse sie unbedingt und unverzüglich das Huckepack-Angebot zu einer gleichwertigen Alternative aufbauen. Sie müsse sich auf darauf einstellen, dass die EG aus Reziprozitätsgründen die Tätigkeit schweizerischer Transporteure einzuschränken habe. In Süddeutschland sei zudem ein beträchtlicher politischer Druck zur Ergreifung von Retorsionsmassnahmen vorhanden, wie auch übrigens gegenüber den schweizerischen Einschränkungen zum Erwerb von Grundstücken durch Ausländer. B weist auch auf seine Mitgliedschaft im Splügenkomitee hin, verbindet damit aber nur ein Angebot zur Vermittlung von Kontakten und spricht sich zur Frage der Wahl der Alpen-transversale nicht weiter aus.

7. Im Urteil aller Teilnehmer war auch das diesjährige Treffen äusserst nützlich. Uns hat es insbesondere einerseits die bestmögliche Gelegenheit geboten, um die Gefahr überbordender Initiativen Oesterreichs während seiner EFTA-Präsidentschaft einzudämmen. Andererseits konnte mit B für die unmittelbar anstehenden Fragen in der EG-EFTA-Zusammenarbeit und in der Uruguay-Runde eine Annäherung der Standpunkte erreicht werden und längerfristig im Hinblick auf den Wechsel von B in die EG-Kommission am Anfang des nächsten Jahres das Verständnis für die Position der Schweiz sowohl in der europäischen Integration als auch im Welthandelssystem gefördert werden. Seine abgewogenen Aeusserungen auf Fragen von Journalisten zur Neutralität und zur Landwirtschaftspolitik legen dafür ein Zeugnis ab.

Die deutsche Delegation bewies ihr uneingeschränkt positives Urteil über die Nützlichkeit des Dreiertreffens, indem sie ungeachtet des kommenden Wechsels im Wirtschaftsministerium bereits jetzt für den 17./18. August 1989 eine Einladung in die BRD aussprach.



Jean-Pascal Delamuraz